

Wie plant die EU Gesetze?

29.06.2012 - INGELHEIM

Von Beate Schwenk



Blick in den Unterrichtsraum, der in diesem Fall als Plenarsaal dient. Foto: Thomas Schmidt

PILOTPROJEKT Gymnasiasten schlüpfen einen Tag lang in Rolle von europäischen Politikern

Was die EU im fernen Brüssel so alles fabriziert, ist den meisten Bürgern wenig transparent. Das Gesetzgebungsverfahren ist für viele sogar ein Buch mit sieben Siegeln. Daher hat die regionale Vertretung der EU-Kommission in Bonn ein Pilotprojekt gestartet. An 40 Schulen in Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland führt sie eine Planspielreihe zum EU-Gesetzgebungsverfahren durch. Mit im Boot auch das Ingelheimer Sebastian-Münster-Gymnasium. 38 Schülerinnen und Schüler der zwölften Jahrgangsstufe schlüpfen einen Schultag lang in die Rolle der EU-Vertreter. An einem konkreten Beispiel sollten die jungen Leute lernen, wie das Gesetzgebungsverfahren funktioniert.

Thema Biokraftstoffe

„Das Thema ist Biokraftstoffe“, erklärte Rüdiger Nebendahl von Valentum Kommunikation, der gemeinsam mit seiner Kollegin und Anke Schmitt das Planspiel am Gymnasium leitete. Zunächst wurden die Schüler in verschiedene Gruppen aufgeteilt. Parlamentarier oder Lobbyist, Mitglied von Kommission oder Ministerrat, das waren die Optionen. Die EU-Kommission sollte einen Richtlinienvorschlag ausarbeiten, der anschließend in mehreren Stufen mit Ministerrat und Parlament debattiert und weiterentwickelt wurde. Die vier Lobbyisten hatten den Auftrag, mit guten Argumenten für die Interessen ihrer Klientel zu werben. Eine erste

Zwischenbilanz wurde auf der Pressekonferenz der EU-Kommission gezogen, bei der die Schüler ihren Richtlinienentwurf vorstellten. Interessant war, wie eine EU-weite Regelung nach Ansicht der Jugendlichen aussehen soll. „Bis zum Jahr 2030 muss der Biokraftstoffanteil in diversen Branchen mindestens 30 Prozent betragen“, so der Vorschlag. Ziel sei eine Senkung der Treibhausgasemissionen zur Eindämmung des Klimawandels und eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Es gab auch Vorschläge, wie dieses Ziel erreicht werden soll. „Die EU unterstützt sämtliche Forschungsprojekte zum Thema Biokraftstoffe einschließlich der dazu gehörenden Teilbereiche“, so die Marschroute. Außerdem sollten Agrarunternehmen, die Biokraftstoffe anbauen, subventioniert werden.

Über nationalen Tellerrand

In ihrem Planspiel dachten die Jung-Politiker weit über den nationalen Tellerrand hinaus. Alle EU-Länder sollten ihre Forschungsergebnisse austauschen und jedes Land solle das gleiche Recht auf Einsicht haben. „Damit nicht der Profit im Vordergrund steht“, so die Begründung der Schüler.

„Und wer bezahlt die Kosten? Der Bürger?“, kam es aus dem Plenum. „Natürlich, das ist immer so“, lautete die nüchterne Antwort. „Die wirtschaftlich führenden Länder müssen den Löwenanteil tragen. Aber wir wollen natürlich kein Land in den Ruin treiben.“ Ziel sei vielmehr, das gemeinschaftliche Know-how außerhalb Europas zu vermarkten und so wieder Geld in die Kasse zu bekommen.

Nach der Pressekonferenz ging es wieder in die Arbeitsgruppe, wo der Entwurf weiter diskutiert wurde. Für die Schüler ein spannender Tag, an dem sie ein Gefühl dafür bekommen haben, wie kompliziert und komplex die Gesetzgebung der Europäischen Union in der Praxis ist.

